Mobil im ländlichen Raum

Für StadtbewohnerInnen ist es relativ einfach, mit Bahn, Bus und Fahrrad von A nach B zu kommen. Für Menschen im ländlichen Raum ist das ungleich schwieriger. Ohne ein eigenes Auto scheint gar nichts zu gehen. Doch ist das wirklich so? Welche Optionen gibt es? Was ist zu tun, um die Situation zu verbessern? / Von Karin Jehle, fesa e.V.

▶ Die Verbindungen sind seltener, die Wege länger, in manchen Kommunen kommt nur ein Mal täglich ein Bus, wenn überhaupt. Hinzu kommt, dass LandbewohnerInnen meist mit deutlich weniger Infrastruktur auskommen müssen als die StädterInnen: Je weiter draußen, desto strukturschwächer ist das Leben oft: Keine Einkaufsmöglichkeiten in Fuß- oder zumindest Fahrradreichweite, kein Arzt, keine Kneipe, von Kino, Theater etc. ganz zu schweigen. Da scheint ein eigenes Auto ein Ding der Notwendigkeit zu sein. Und doch gibt es auch auf dem Land viele Möglichkeiten, klimafreundlich mobil zu sein. Gleichzeitig können die Kommunen selbst sowie auch engagierte BürgerInnen viel dafür tun, das Mobilitätsangebot zu verbessern. Auch die Infrastruktur kann durch Dorfläden, Bürgercafés etc. bereichert werden.

Beliebt: Der Städtlibus in Endingen

ÖPNV nutzen

Für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) gilt wie für so vieles: Angebot und Nachfrage bedingen sich gegenseitig. Sowohl der Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) als auch die benachbarten Verkehrsverbünde, Tarifverbund Ortenau (TGO), Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar (VSB), Regio Verkehrsverbund Lörrach (RVL) und Waldshuter Tarifverbund (WTV), bieten ein feinverästeltes Netz aus Bus- und Bahnstrecken an. Jährlich befördern sie gemeinsam über 200 Millionen Fahrgäste. Hat man für den Weg zur Arbeit ohnehin eine Monatskarte für den ÖPNV, kann man sie auch in der Freizeit nutzen und hat so erhebliche Kostenvorteile gegenüber dem eigenen Auto. Auch viele ArbeitgeberInnen setzen mittlerweile darauf, dass ihre Beschäftigten umweltfreundlich anreisen. So bezuschusst das Land Baden-Württemberg für alle Landesbeschäftigten ÖPNV-Monatskarten mit 20 Euro monatlich, wenn man ein Jahresabo abschließt. Auch immer mehr Firmen bieten ein JobTicket für ihre MitarbeiterInnen an und tun damit gleichzeitig etwas für das grüne Image, sparen Parkplätze ein und machen sich als Arbeitgeber attraktiver.

Mehr Angebote schaffen

Je mehr Fahrgäste eine Linie nutzen, desto häufiger fährt sie natürlich auch. „In der Regel ist natürlich da, wo viel Nachfrage ist, auch entsprechend viel Verkehr und es fahren viele Busse“, sagt Thilo Ganter, Geschäftsstellenleiter des RVF. Zusätzlich können auch die Kommunen dazu beitragen, das Mobilitätsangebot für ihre BürgerInnen weiter zu verbessern. „Wenn mehr gefahren werden soll, muss das entweder von den Gemeinden oder dem Landkreis bezuschusst oder ausgeglichen werden.“ Dafür gibt es verschiedene Modelle, die bilateral zwischen den Busunternehmen und den Kommunen vereinbart werden.

Selbst aktiv werden

Die BürgerInnen vor Ort wissen meist am besten, welche Mobilitätsangebote sie sich wünschen. In immer mehr Kommunen gründen sich Vereine, die gemeinsam einen Bürgerbus mit ehrenamtlichen FahrerInnen betreiben (siehe auch die Infokästen zu Endingen und Murg). Diese können dann ganz unterschiedliche Bedürfnisse bedienen, z.B. Ortsteile anschließen, Takte verdichten oder auch in den Abendstunden fahren. „Dies sind keine Exoten sondern ein Teil des ÖPNV“, betont Ganter. „Natürlich ist es eine andere Form durch die ehrenamtlichen Fahrer, aber ansonsten sind Bürgerbusse in den RVF integriert, z.B. im Tarif und in der Fahrplanauskunft.“ Fahrscheine des Tarifverbunds werden sowohl akzeptiert als auch verkauft.

Autos teilen – auch elektrisch

In der Stadt gehört die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen im CarSharing fast schon zum guten Ton, v.a. in der jüngeren Generation. Doch auch auf dem Land geht der Trend in die Richtung „Nutzen statt Besitzen“. Im Projekt my-e-car sind die Fahrzeuge zudem elektrisch betrieben. Häufig geht die Initiative dafür von den Kommunen aus. „Die Bürgermeister und Rathäuser können die Fahrzeuge für Dienstfahrten nutzen und zusätzlich stehen sie den BürgerInnen zur Verfügung“, erklärt Matthias-Martin Lübke, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtmobil Südbaden AG und derzeit zuständig für den Vertrieb bei my-e-car, einem Joint-Venture mit der Energiedienst AG. „So kommen eine Menge Kilometer zusammen (ca. 15 - 20.000 jährlich), die auch zusammenkommen müssen, damit die Ökobilanz besser ist als von konventionellen Fahrzeugen. Ich bezeichne das als ‚Kommunales Öffentliches Auto‘, das ist ein Einstieg in eine andere, zukunftsfähige Mobilität. Die Fahrzeuge werden mit sehr gut zertifiziertem Ökostrom vom Rhein betrieben.“ Stadtmobil betreibt zehn eCarSharing-Fahrzeuge, my-e-car 60 E-Mobile und es gibt von Stadtmobil/my-e-car, Energiedienst und E-Werk Mittelbaden derzeit ca. 90 Ladestationen in Südbaden. „Damit ist Südbaden die Modellregion für eCarSharing!“, sagt Lübke. Bis Ende 2016 sollen es ungefähr 100 werden.

Auf zwei Rädern mobil

Auch auf dem Land ist das Fahrrad ein emissionsfreies, gesundes und unschlagbar günstiges Transportmittel – nicht nur für TouristInnen. Mit überdachten, sicheren Fahrradabstellplätzen an Bahnhöfen können die Kommunen dazu beitragen, dass mehr und mehr BürgerInnen aufs Rad umsteigen. Und wenn die Berge allzu steil sind? „Das Elektrofahrrad ist eine sehr gute Möglichkeit für Menschen auf dem Land, nachhaltig und preiswert mobil zu sein“, meint Hannes Linck, Geschäftsführer des Verkehrsclub Südbaden (VCD). „Der Ressourcenverbrauch und auch die Anschaffungskosten sind lange nicht so hoch wie beim Elektroauto.“

Bewusstsein schaffen

Nachhaltige Mobilität ist also durchaus auch auf dem Land möglich, es muss nicht immer das eigene Auto sein. Hannes Linck gibt zu bedenken, dass nicht nur die Mobilitätsangebote sondern auch die Versorgungsmöglichkeiten vor Ort über das Mobilitätsverhalten entscheiden: „Es braucht ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl auf dem Land und ein Bewusstsein, dass man sich vor Ort versorgt, so gut das geht. Die Anzahl der Wege, die man zurücklegt, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, ist ja nicht größer geworden, nur sind die einzelnen Wege länger. Das muss nicht sein.“ Die Wiederbelebung ländlicher Kommunen durch Dorfläden, Cafés und andere oft ehrenamtlich oder genossenschaftlich strukturierte Einrichtungen könne auch durch die Gemeinden gefördert werden, indem sie z.B. günstig Liegenschaften zur Verfügung stellen.

Auch Thilo Ganter vom RVF wünscht sich einen Bewusstseinswandel: „Es ist schön, wenn der ÖPNV einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft einnimmt und sich das dann auch niederschlägt z.B. in Vorrangschaltungen an Ampeln, Priorisierungen bei Bauprojekten, Zuschusskonzepten, der Vernetzung verschiedener Verkehrsträger, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten – gerade auch im ländlichen Raum. Manche Kommunen machen aber immer noch Verkehrskonzepte, die strikt auf den individualisierten Automobilverkehr ausgerichtet sind.“ Matthias-Martin Lübke richtet den Blick in die Zukunft: „Mit CarSharing, dem (vernetzten) eAuto, selbstfahrenden Autos und multimodalen Angeboten stehen wir am Beginn der nächsten Revolution im Mobilitätsbereich. Diese Transformation wird schneller vonstattengehen, als sich einige das heute vorstellen können. Eine wesentliche Rolle dabei spielt der bewusste Konsument. Sprich: diese Technik in der Hand der Menschen (nicht der Konzerne) wird und muss auch mehr Teilhabe, mehr demokratische Mitgestaltung, die Wiederentdeckung des kommunalen Miteinanders bewirken.“ Nachhaltige, vernetzte Mobilität im ländlichen Raum nützt somit nicht nur dem Klima sondern auch der Gemeinschaft. ■

Schlüsselübergabe für den Bürgerbus Murg

INFOBOX

Der Städtlibus Endingen

Seit Mai 2014 verkehrt der Städtlibus durch Endingen und die Winzerdörfer. Er bietet den BürgerInnen Gelegenheit, Ziele in der Stadt oder den Ortsteilen ohne eigenes Auto zu erreichen. An drei Tagen in der Woche (dienstags, donnerstags und freitags) dreht er zweimal am Vormittag und zweimal am Nachmittag seine Runden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten wird er heute sehr gut angenommen. Vornehmlich ältere Personen, aber auch Familien ohne eigenes Auto benutzen ihn regelmäßig zum Einkaufen, zu Arztbesuchen und Ähnlichem. Auch TouristInnen fahren mit ihm dank der Konuskarte in die Ortsteile und zurück. Unterhalten wird der Städtlibus von der Stadt Endingen, die das Fahrzeug nebst Betriebskosten zur Verfügung stellt. Gefahren wird er von derzeit zwölf ehrenamtlichen FahrerInnen. Die Fahrpläne werden ebenfalls ehrenamtlich erstellt. Um die Attraktivität zu steigern, ist geplant, den Betrieb auf die ganze Woche (Montag bis Freitag) auszudehnen. Dazu werden weitere ehrenamtliche FahrerInnen gesucht. Das derzeitige Fahrzeug, ein Fiat Ducato, Baujahr 2004, ist von der Stadt Bad Krozingen geliehen. Leider war der Bus in letzter Zeit sehr oft in der Werkstatt und musste einige Reparaturen über sich ergehen lassen. Die Stadt Endingen plant deshalb die Anschaffung eines neuen Fahrzeugs mit Vordereinstieg und einzeln erreichbaren Sitzen.

Weitere Infos unter:
www.agv-endingen.de/tag/staedtlibus

INFOBOX

Bürgerbus Murg

Angestoßen wurde der Bürgerbus Murg von der Bürgerinitiative Murg im Wandel. Die Gemeinde erstreckt sich mit den vier Ortsteilen über eine Länge von acht Kilometern mit einem Höhenunterschied von 400 Metern. Am Bahnhof in Murg halten zwischen 19 und 23:35 Uhr insgesamt zehn Züge und Busse aus Richtung Basel und Waldshut. Um 19 Uhr fährt der letzte Linienbus in die oberen Ortsteile. Der Bürgerbus sollte dieses Angebot in den Abendstunden bis zum Ende des Zugfahrplanes für Berufspendler und Nutzer des ÖPNV erweitern, und so den Individualverkehr und den CO_2-Ausstoß reduzieren. Darüber hinaus war es für die Gruppe ganz wichtig, das Miteinander und die sozialen Kontakte zwischen den NutzerInnen zu fördern. Nach vielen Überlegungen, Kontakten mit anderen Bürgerbusgruppen, dem Landratsamt und der SBG in Waldshut, Gesprächen mit der Gemeinde und Umfragen bei der Bevölkerung startete der Bürgerbus-Fahrdienst im September 2014 mit dem gemeindeeigenen Elektro-PKW und fuhr zunächst am Freitag- und Samstagabend. Seit Mitte Februar 2016 bieten die inzwischen 17 ehrenamtlichen FahrerInnen den Fahrdienst von Montag- bis Samstagabend an. Das Projekt wurde von Anfang an außerordentlich engagiert durch die Gemeinde Murg unterstützt, ganz aktuell hat sie ein neues Elektro-Fahrzeug mit sieben Sitzen für den Bürgerbus bestellt.

Weitere Informationen unter
www.murgimwandel.de

Foto: tradeg

Grün angestrichen oder wirklich nachhaltig?

Anleger achten mittlerweile bei Geldanlagen nicht mehr nur auf die Rendite sondern zunehmend auch auf Nachhaltigkeitskriterien. Doch: Ist auch grün drin, wo grün draufsteht? / Von Karin Jehle, fesa e.V.

Foto: DWST, Pixabay

Was ist denn drin in meinem Investmentfonds? Und wie finde ich das heraus?

▶ Immer mehr Menschen wollen es wissen: Was macht die Bank mit meinem Geld? Was steckt hinter dem angepriesenen Rentenfonds? Finanziere ich Atom- und Kohlekraftwerke, Kinderarbeit, Nahrungsmittelspekulation oder Waffenexporte? Denn Geldanlagen sind ein mächtiger Hebel. „Fondsgesellschaften verwalten derzeit rund 2,1 Billionen Euro für etwa 50 Millionen private und institutionelle Anleger", wirbt der Bundesverband Investment und Asset Management e.V. auf seiner Webseite. „Sie sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland und ein wesentlicher Bestandteil des Finanzplatzes."

Labels über Labels

Wie auch bei Bio-Produkten, Naturkosmetik und fairem Handel findet sich im Bereich „Grüne Geldanlagen" eine Vielzahl von Labels, die Finanzprodukte als nachhaltig kennzeichnen sollen. Der Begriff „Ökofonds" ist dabei nicht geschützt – jeder darf sein Finanzprodukt so anpreisen. Wie sieht es im Bereich der Aktien-Indizes aus? Im Natur Aktien Index (NAI) sind ausschließlich Unternehmen gelistet, die im Umweltbereich tätig sind – eine kleine, aber feine Auswahl von rund 30 kleineren und mittleren Firmen. „Wenn ein Unternehmen nicht mehr den ökologischen – aber auch ökonomischen – Kriterien genügt, fliegt es aus dem NAI raus", erklärt der Vermögensberater Arnulf Allert. Der Global Challenges Index (GCI) des Forums Nachhaltige Geldanlagen definiert Kriterien, denen die gelisteten Unternehmen entsprechen müssen. „Neben den Windkraftanlagenherstellern Vestas und Nordex sowie der Umweltbank finden wir aber auch Henkel, Enagas und SAP", sagt Andreas Oberfäll, der sich auch auf nachhaltige Geldanlagen spezialisiert hat. „Das Forum Nachhaltige Geldanlagen sehe ich jedoch insgesamt positiv, weil sie sehr transparent sind." Im Dow Jones Sustainability Index (DJSI) schließlich finden sich auch Aktien von beispielsweise BMW, BASF, Nestlé, Roche und TOTAL. Diese Unternehmen kennzeichnet, dass sie „Best in Class" sind, d.h. in ihrer Branche noch am ehesten nachhaltig. Vermögensberater Martin Völkle, der selbst auch in der Energiegenossenschaft BürgersolarHochrhein engagiert ist, sieht das Best-in-Class-Prinzip nicht ausschließlich kritisch: „Unsere gesamte Wirtschaft muss nachhaltiger werden. Da kann es durchaus sinnvoll sein, wenn man Unternehmen dafür belohnt, dass sie nachhaltiger sind als andere." So können unter dem Druck der Anleger auch große Unternehmen beginnen umzudenken.

Unter alle drei Indizes fallen ausschließlich börsengehandelte Unternehmen. Im Regelfall wird ein Fondsmanager börsentäglich Aktien kaufen und verkaufen. Das macht es für InvestorInnen schwierig bis unmöglich, zu sagen, was gerade aktuell in ihrem Fonds steckt. Hinzu kommt, dass Fondsgesellschaften meist eine Vielzahl von Finanzprodukten anbieten. Das Geld des Anlegers steckt dann zwar in einem „grünen" Fonds, die Gesellschaft handelt aber für konventionelle Fonds gleichzeitig auch Aktien von Unternehmen, die gar nicht mit den ökologisch-ethischen Kriterien des Anlegers zusammenpassen. „Viele Kunden investieren daher lieber direkt in Unternehmensanleihen", so Allert. „Da wissen sie genau, in was sie ihr Geld investieren und haben einen festgelegten Zinssatz." Obergfäll ist der gleichen Meinung: „Wenn es mir um Nachhaltigkeit geht, investiere ich lieber in ein Windrad. Da ist ganz klar, hier wird regenerativer Strom erzeugt. Alles andere, wie Fonds oder Zertifikate, ist dann doch sehr indirekt." Vermögensberater Völkle gibt jedoch zu bedenken: „Bei einer festen Beteiligung, wie einem Windpark, muss ich auf die Laufzeit achten. Will ich mein gesamtes Vermögen für 20 Jahre binden oder vielleicht nur einen Teil?" Eine Streuung relativiert natürlich auch immer die Anlagerisiken. „Ich würde eher den Großteil des Vermögens in Fonds investieren und dann Einzelprojekte beimischen."

Auf Transparenz achten

Wichtig für AnlegerInnen, denen es auf Nachhaltigkeit ankommt, ist eine genaue Analyse. Mittels sogenannter Negativkriterien wird ausgeschlossen, dass sich in einem Fonds Firmen verbergen, die Kohle- und Atomkraftwerke betreiben, mit Nahrungsmitteln spekulieren oder sich an Waffenhandel, Kinderarbeit und Gentechnik bereichern. „Der Anlageausschuss prüft die Unternehmen regelmäßig und man kann sich dann auch darauf verlassen, dass die Negativkriterien erfüllt werden", so Allert. „Aber – und das ist eine sehr wichtige Einschränkung – nur sofern der Anlageausschuss entscheidend und nicht nur beratend tätig ist." Vor einer Investition ist es daher ratsam, sich wirklich genau zu informieren: Nach welchen Kriterien werden die Unternehmen im Fonds ausgewählt? Wie tief geht der Anlageausschuss in seiner Analyse, d.h. werden auch Tochtergesellschaften und indirekte Beteiligungen berücksichtigt? Prüft ein externer Beirat die Nachhaltigkeitskriterien oder der Fondsmanager selbst? „In Deutschland gibt es um die 300 Nachhaltigkeitsfonds", erklärt Finanzmakler Obergfäll. „Davon ist meines Erachtens maximal ein Dutzend akzeptabel. Drei oder vier sind inhaltlich richtig gut und auch glaubhaft." Einige Fonds und auch Banken berücksichtigen neben den Negativkriterien auch Positivkriterien. Das Geld soll nicht nur keinen Schaden anrichten, sondern auch Gutes tun. Investments fließen nach diesen Positivkriterien dann ausschließlich in Erneuerbare Energien, nachhaltiges Bauen, ökologische Landwirtschaft, soziale Projekte oder Bildungsprojekte. Zudem gibt es teilweise ethische Richtlinien für Mitarbeiter und Geschäftsführung, Mitbestimmung und Chancengleichheit.

Unabhängige Beratung suchen

Im großen Haifischbecken der Finanzwelt gibt es zunehmend mehr Berater, die sich dem wachsenden Markt der grünen Geldanlagen verpflichtet fühlen. Auch die vier „grünen Banken" in Deutschland bieten (unabhängige) Beratung an. Die Verbraucherorganisation urgewald e.V. analysiert in ihrer neuen Broschüre „Was macht eigentlich mein Geld?" eine Vielzahl von Finanzprodukten und auch die Art und Weise, wie Anlageberatung betrieben wird. Die Zeitschrift ECO-Reporter informiert ebenso wie das Forum Nachhaltige Geldanlagen unabhängig und umfassend. Auch die Zeitschrift Finanztest befasst sich zunehmend mit der Thematik. „Das Thema Geld ist manchmal lästig", meint Vermögensberater Allert. „Es lohnt sich aber, sich damit zu beschäftigen, denn nur dann können wir unserer Verantwortung auch gerecht werden. Man kann das nicht einfach komplett delegieren."

Wenn der Karren schon im Dreck steckt

Doch viele Menschen kommen nicht jungfräulich mit dem Thema Geld in Verbindung, sondern haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt in eine Lebensversicherung, eine Riester-Rente oder sonst ein Finanzprodukt investiert. Jetzt erwacht jedoch das Interesse an Nachhaltigkeit oder das schlechte Gewissen meldet sich; vielleicht aufgrund eines Medienberichtes über Investments in Streumunition, die sich in so mancher Riester-Rente verbergen. Recherchen von urgewald e.V. haben in fast allen gängigen deutschen Renten-Fonds problematische Energieunternehmen, Pharma, Rüstung, Lebensmittelspekulation etc. gefunden. Das will man doch nun wirklich nicht unterstützen! Nun stellt sich die Frage: Was ist drin in meiner Geldanlage? Wie finde ich das heraus? Und wie kann ich mein Vermögen umschichten, falls ich dann nicht mehr gut schlafen kann?

AnlegerInnen erhalten jährlich einen Bericht über die Entwicklung ihrer Geldanlagen. Es lohnt sich durchaus, diesen zu studieren, statt ihn nur abzuheften. Neben der finanziellen Entwicklung des eigenen Kapitals finden sich hier auch viele Informationen über die Investmentfonds, in denen es sich entwickeln soll. Darüber hinaus sollte man direkt die Bank, Versicherung oder den Vermögensberater darauf ansprechen, wo das Geld sich befindet und wohin und wie man bei Nichtgefallen wechseln kann. Bei einem offenen Fonds ist das einfach: „Hier kann ich meine Anteile börsentäglich verkaufen. Dann investiere ich eben in einen grünen Fonds und fertig", erklärt Allert. Bei einer fondsgebundenen Lebensversicherung ist es schon schwieriger, doch nicht unmöglich. Hier heißt es: Genau hinschauen, welche Fonds die Versicherung zur Auswahl anbietet und dann zu den nachhaltigsten im Portfolio wechseln. Dies ist normalerweise gebührenfrei möglich.

Nicht alle Versicherungsgesellschaften bieten für ihre fondsgebundenen Produkte jedoch wirklich nachhaltige Fonds mit Ausschlusskriterien an. Eine Kündigung bzw. ein Wechsel der Versicherung ist in der Regel nicht ohne finanzielle Einbußen möglich, da hohe Abschlussgebühren anfallen, die dann verloren sind. Eine Ausnahme besteht auf Druck des Gesetzgebers bei Riester-Verträgen: „Ein Wechsel weg von einer Riester-Versicherung auf einen Investmentsparplan, Banksparplan oder Wohn-Riester-Vertrag ist kostengünstig möglich", ergänzt Obergfäll. „Der Wechsel von einer Versicherungsgesellschaft zu einem anderen Versicherer ist finanziell meist sehr nachteilig. Durch das zunehmende Eintrittsalter verschlechtert sich das Preis-Leistungsverhältnis von Jahr zu Jahr deutlich." Bei manchen Finanzprodukten, wie z.B. der Rürup-Rente, ist ein Wechsel ausgeschlossen. „Dann kann man den Vertrag nur noch beitragsfrei stellen lassen, denn eine Kündigung ist immer mit Verlusten verbunden", empfiehlt Völkle. Generell gilt jedoch: Wenn viele Kunden auf Transparenz und Nachhaltigkeit bestehen, werden Anlageprodukte zusehends ökologischer und ethischer. Geld bewegt halt doch die Welt! ■

i

Die Broschüre „Was macht eigentlich mein Geld?" der Verbraucherschutzorganisation urgewald e.V. informiert umfangreich über die Zusammenhänge von Geld, Banken und Nachhaltigkeit. Sie ist für eine Schutzgebühr von 3,50 erhältlich.

Weitere Infos unter:
www.urgewald.org
www.forum-ng.org
www.ecoreporter.de

Foto: Andreas Wandt, Trier

Hundert Prozent Erneuerbare für die Region – Von Anspruch und Wirklichkeit

2012 hat die Energieagentur Regio Freiburg eine Studie erstellt, die aufzeigt, dass und wie die Region Freiburg (Stadtkreis Freiburg sowie die Landkreise Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald) bis 2050 eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien erreichen kann. Was hat sich seitdem getan, wer sind die AkteurInnen und wo besteht noch Handlungsbedarf? / Von Karin Jehle, fesa e.V.

▶ Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie ist, dass die Region das 100-Prozent-Erneuerbare-Ziel nur als Ganzes erreichen kann. Die Stadt Freiburg ist darauf angewiesen, dass sie mit regenerativer Energie aus dem Umland mitversorgt wird. Dies gilt sowohl für den Strom als auch für die Wärme. Eine Grundvoraussetzung, um das ambitionierte Ziel zu erreichen, ist eine radikale Reduktion des Energieverbrauchs um mindestens 50 Prozent. Nur dann wird die Region in der Lage sein, sich aus eigenen regenerativen Ressourcen zu versorgen. Dass rasches Handeln angesagt ist, schrieb sich auch die Wirtschaftsregion Freiburg auf die Agenda und legte 2013 ein Positionspapier vor, in dem sie sich ausdrücklich zum 100-Prozent-Ziel bekennt und für die Jahre 2014 bis 2016 Themenschwerpunkte setzt: Energieeinsparung, Erneuerbare Energien und der Einsatz intelligenter Technologien sollten jeweils für ein Jahr im Fokus stehen. Doch was ist außer der Produktion schöner bedruckter Papiere bislang geschehen?

Gemeinsame Konzepte?

Eine Empfehlung der Studie war eine regional abgestimmte Strategie für den Klimaschutz. Christian Neumann, Projektleiter der Energieagentur Regio Freiburg und einer der Autoren der Studie, stellt fest, dass diese schon auf reges Interesse gestoßen sei und in vielen Gremien vom Gemeinderat-Umweltausschuss bis zu den Fachausschüssen der Landratsämter vorgestellt wurde. „Es wurde viel diskutiert und das hat ein Denken in Gang gesetzt." Der Landkreis Emmendingen hat eine Stelle für einen Klimaschutzmanager geschaffen. Breisgau-Hochschwarzwald hat im letzten Jahr einen eea (European Energy Award) eingerichtet, ein Werkzeug, um nachhaltig und dauerhaft Klimaschutz zu betreiben. Wenn man genauer hinschaut, findet jedoch das tatkräftige Handeln eher auf kommunaler Ebene statt, was auch Dr. Georg Löser von ECOtrinova e.V. bestätigt, einer der hartnäckigsten „Bretterbohrer" aus der Freiburger Energiewende- und Klimaschutzbewegung. „Unabhängig vom Positionspapier haben sich davor und danach eine Reihe von Städten und Gemeinden selbst auf den Weg gemacht, z.B. mit Quartiersenergie- und kommunalen Klimaschutzkonzepten u.a. in Emmendingen, Herbolzheim, Gundelfingen, Kirchzarten, Neuenburg, Staufen und Freiburg-Wiehre sowie -Haslach. Es fehlt aber die intensive, ortsübergreifende Zusammenarbeit." Dr. Klaus von Zahn, Leiter des Umweltschutzamtes Freiburg, stellt dagegen die Frage, „ob nun wirklich für viel Geld eine gemeinsame Strategie erarbeitet werden muss, denn die Ziele, Ideen und das Engagement sind ohnehin da bei allen Beteiligten." Das Positionspapier sei schon Grundlage für das gemeinsame Handeln. „Dann muss aber auch jeder der Beteiligten seinen eigenen Weg finden."

Viel passiert in den Kommunen

Wie wichtig es ist, dass die Energiewende an vielen einzelnen Orten von vielen Menschen vorangetrieben wird, kann Christian Neumann aus seiner Erfahrung bestätigen: „Auf kommunaler Ebene und vor allem bei den Akteuren findet sehr viel statt. In der ‚Energieregion Südschwarzwald' stehen die BürgerInnen, organisiert in Bürgerinitiativen und Genossenschaften, mit Projektideen parat und drängen in Richtung Umsetzung." Oft seien dabei Kommune und Bürgerenergiegenossenschaft oder –initiative gemeinsam unterwegs. Auch die Stadt Freiburg tut einiges: Zum einen bietet sie BürgerInnen Motivation, Information und Unterstützung in vielen Bereichen, wie z.B. durch das Förderprogramm ‚Energiebewusst Sanieren', das BHKW-Impulsprogramm ‚Kraftwerk Wiehre' und die zu Jahresbeginn 2016 startende PV-Kampagne. „Durch die vom Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen ist das Marktumfeld nicht nur schwierig sondern auch außerordentlich kompliziert geworden", erklärt Dr. von Zahn. „Wir werden eine Kampagne starten, um die Botschaft ‚Photovoltaik rechnet sich' wirklich noch mal deutlich nach außen zu tragen und diese Verunsicherung auszuräumen." Gleichzeitig errichtet die Stadt auf eigenen Gebäuden PV-Anlagen, wie z.B. am neuen Verwaltungszentrum und saniert den eigenen Gebäudebestand. „Die Vorgaben kennen Sie sicherlich: Bei Sanierungen auf KfW55, bei Neubau auf Passivhaus-Standard. Und das wird auch genau so realisiert", so Dr. von Zahn zur SolarRegion. Ausreißer ist ausgerechnet die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG, die ihr neues Verwaltungsgebäude lediglich im KfW70-Standard errichten will. Dies ist der für Freiburg vorgeschriebene Mindeststandard. „Schämt euch, ihr Öko-Angeber! Das Minimum ist nicht genug!" empörten sich daraufhin Vertreter der Freiburger Klimaschutzszene. Pikanterweise ist die FWTM Auftraggeberin der 100-Prozent-Studie.

Förderlandschaften und kommunale Töpfe

Eine weitere Empfehlung aus der Studie war die Bereitstellung von Mitteln für die Erschließung der Potenziale, z.B. über einen regionalen Klimaschutzfonds. Bislang ist in dieser Richtung in der Region jedoch nichts geschehen. So sind es dann viele verschiedene Töpfe, aus denen Mittel für die Umsetzung von Klimaschutzprojekten geschöpft werden müssen. Die ‚Energieregion Südschwarzwald' fördert Projekte in ganz Südbaden. „Das ist ein guter Tropfen auf den heißen Stein", meint Georg Löser, der stets Projektideen initiiert und ihre Verwirklichung oft über viele Jahre hartnäckig verfolgt. So wurde die Grundidee kommunaler BHKW-Kampagnen auch in der Region schon 1985 von ihm mit dem Verein BUND und 2005 vom Freiburger Klimabündnis speziell für Freiburg empfohlen. Bis zum Start des städtischen BHKW-Impulsprogramms ‚Kraftwerk Wiehre' dauerte es aber bis 2012/2013. In Freiburg sind die Mittel für Klimaschutzmaßnahmen durch die Erhöhung des Prozentsatzes aus der badenova-Konzessionsabgabe von zehn auf 25 Prozent stark ausgeweitet worden. „Grundlage dafür war ein Beschluss des Gemeinderates", so der Leiter des Umweltschutzamtes. „So haben wir im Moment ein erhebliches Kontingent, das wir für Klimaschutzmaßnahmen einsetzen können." Ein anderes Thema sind kommunale Quartierskonzepte, welche die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit drei Jahren fördert. „Ein Schwerpunkt sind dabei Wärmenetze mit regenerativen Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zur Wärmeversorgung", so Christian Neumann. „Es dauert dann natürlich immer zwei, drei Jahre, bis aus der ersten Idee umgesetzte Projekte herauskommen."

Wind und Wärme

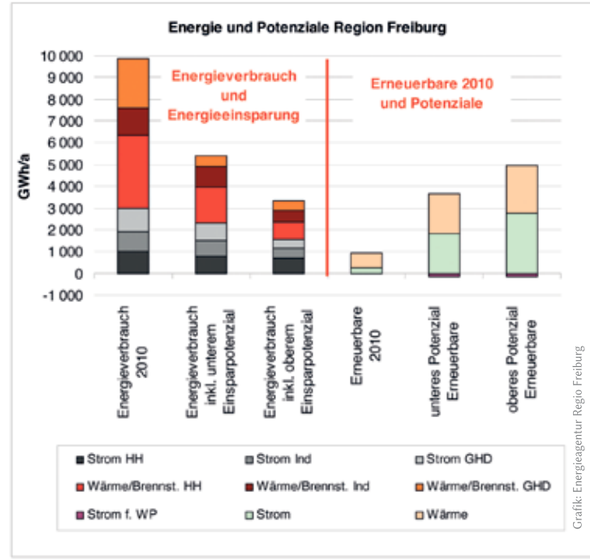
Zwei besonders große Potenziale, um die CO_2-Emissionen in der Region spürbar zu senken, liegen im Ausbau der Windkraft und in der Einsparung von Wärmeenergie im Gebäudesektor. Für beide gilt: Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen! Freiburg hat beschlossen, seinen Windstromanteil bis 2020 von aktuell einem Prozent auf zehn Prozent zu erhöhen. Ein großer Schritt nach vorne, für den noch nicht einmal besonders viele neue Windkraftanlagen nötig wären. Schon ein Repowering (Ersetzen durch größere, leistungsstärkere WKA) von fünf der bereits bestehenden Anlagen plus der Neubau von ein bis zwei Windmühlen würden dafür ausreichen. Doch der dazu notwendige Prozess der Flächennutzungsplanänderung ist äußerst zäh. „Es vergeht keine Woche, in der ich nicht damit beschäftigt bin", klagt Klaus von Zahn. „Daran arbeiten sehr viele Leute sehr konzentriert, aber es geht nicht so schnell, wie man sich das als Aktiver wünschen würde." Weit voran sind dagegen die Gemeinden Freiamt (Landkreis Emmendingen) und St. Peter (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), die längst mehr Strom auf ihrer Gemarkung erzeugen, als sie selbst verbrauchen. Die Studie von 2012 ergab, dass die Region lediglich zwei Prozent ihres Windkraftpotenzials nutzt. Seitdem sind indes nur zwei Anlagen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und eine im Landkreis Emmendingen hinzugekommen. Da ist noch Luft nach oben!

Die zweite große Baustelle ist der Gebäudebestand, der 2010 knapp 70 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in der Region für Wärme und Brennstoffe schluckte. „Maßnahmen für den Wärmeschutz der Gebäudeaußenhaut werden häufig unterstützt", konstatiert Dr. Georg Löser. „Ein besonders nötiges und für den Klimaschutz mit am schnellsten wirkendes und meist kostengünstiges Handlungsfeld (Renovierungszyklus 20 – 30 Jahre), nämlich die Umstellung der Heizungen auf Strom erzeugende Heizungen (BHKW), wird zu selten angepackt. BHKW verdrängen in erster Linie Strom aus Kohlekraft und passen auch bestens zum Atomausstieg." Die Stadt Freiburg hat 2012 bis 2014 eine Kampagne für BHKWs unterstützt, die Stadt Emmendingen plant in Anlehnung daran eine ähnliche Maßnahme. Auch im Förderprogramm ‚Energiebewusst Sanieren' ist mittlerweile ein Baustein für einen BHKW-Check vorhanden. Ein Förderprogramm für energetische Modernisierungen in Gewerbebetrieben ist in Vorbereitung. „Das Konzept wird gerade erarbeitet und wir hoffen, dass wir das bis 1. Januar an den Start bringen können", verspricht Dr. von Zahn vom Umweltschutzamt.

Insgesamt blickt er mit Zuversicht auf die Sanierungsquote in Freiburg. „Wir haben Ende letzten Jahres die Sanierungsquote evaluiert und da stehen wir nicht nur im Bundesvergleich deutlich überdurchschnittlich da, sondern wir haben auch eine ansteigende Dynamik." So lag die Quote im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2008 bundesweit bei 0,8 Prozent, während Freiburg 1,3 Prozent aufweisen konnte. In der Periode 2009 bis 2012 stieg die Sanierungsrate in Freiburg auf 1,6 Prozent, bundesweit sind hier keine Vergleichszahlen verfügbar. Diese Dynamik sollte indes dringend weiter ansteigen, denn selbst bei einer Quote von zwei Prozent dauert es noch 50 Jahre, bis der gesamte Bestand durchsaniert ist.

In Zukunft alle Sektoren einbeziehen

Ein wichtiger Aspekt in der Klimaschutz-Arbeit vor Ort ist es, immer auf der kleinsten Ebene anzufangen. Wenn überall die vorhandenen Potenziale gehoben werden, dann erreicht man nicht nur irgendwann 100 Prozent, sondern auch eine positive Wirkung auf das, was an Netzinfrastruktur benötigt wird und eine breite Beteiligung vieler AkteurInnen. „In Zukunft wird aufgrund des schwankenden Angebots von Wind und Sonne das Thema Energiespeicher an Bedeutung gewinnen und damit die Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ", fügt Christian Neumann an. „In der Verknüpfung dieser Bereiche steckt viel Optimierungspotenzial und auch die Minimierung der Netzinfrastruktur, um das Ganze günstig zu halten. Diese Aspekte stehen in der Studie nicht drin, sie werden aber in Zukunft wichtiger werden und dafür bräuchte es auch eine regionale Koordination." ■



Grafik: Energieagentur Regio Freiburg

Eine Langversion dieses Artikels finden Sie auf www.solarregion.net